

sich selbst zurückziehen und abseits vom Strom des Lebens warten, ob nicht noch einige mehr aus der Masse der Verlorenen auf ihre Botschaft hin in ihre Arche kommen wollen. Sie ist aller Welt die Predigt des Evangeliums Christi schuldig, das in Zuspruch und Anspruch „unser ganzes Leben“ umfaßt, wie es im zweiten Satz der Barmer Erklärung heißt.

Es sollte deutlich werden, wie sich dies als die „soziale Funktion der Kirche“ auswirken kann. Wenn wir dabei zugleich im Auge behalten, daß der Endsieg Christi erst im letzten Gericht vor aller Welt deutlich wird und bis dahin das Kreuz über der Kirche steht, sind wir auch zugleich vor der Gefahr der sozialen Betriebsamkeit bewahrt, die meint, daß wir alles machen können, wenn wir es nur mit der richtigen Gesinnung und einer entsprechenden Geschicklichkeit anfassen und vielleicht neue Ämter und Vereinigungen schaffen, um auf diesem „Gebiet“ zu arbeiten; der Teufel steht dann gewöhnlich im Hintergrund und sieht sein Reich wachsen. Neben der Betriebsamkeit ist aber noch die verlogene, christlich getarnte Resignation eine Gefahr. Denn der Zusammenhang von Gottes Gerechtigkeit und Menschengerechtigkeit gilt nicht nur für Christen, sondern auch für Nichtchristen (Vgl. Schrey, a. a. O. S. 433). Die Kirche hat beide daran zu erinnern. Sie darf es tun, weil sie weiß, daß einmal der Zeitpunkt kommen wird, an dem die Heiden sagen werden: Kommt, laßt uns zum Hause des Herrn hinaufziehen (Jes. 2, 3). Dann wird der Glaube „schauen, was er geglaubt hat. Und der Unglaube muß schauen, was er nicht geglaubt hat“. Thieliicke, a. a. O. S. 127). Da aber das Reich Gottes seit und in Christus bereits im Kommen ist, wirkt seine im Ganzen der großen Welt verborgenen Herrlichkeit bereits schon in diese noch sündige Weltzeit hinein. Jene ist schon sichtbar in der dienenden Liebe, in der Anerkennung des anderen als eines Mitbruders und Geschöpfes Gottes und im Zeugnis der mahnenden undweisenden Rede als Licht der Welt (Matthäus 5, 14). Darin besteht der christliche Beitrag zur sozialen Frage.

Dr. E. Fülling.

Kommunismus, Kapitalismus und Christentum.

A. J. Renner.

(Für die „Diários Associados“).

Ins Deutsche übertragen von Herrn Dr. K. Becker.

Der Züricher Universitätsprofessor Emil Brunner, Doktor der Theologie, hat soeben sein Referat über das Thema veröffentlicht, das uns zur Überschrift dient und das er auf dem Kongreß der Evangelischen Kirchen in Amsterdam im August 1948 gehalten hat.

In einem Artikel wies ich bereits auf die Beschlüsse jener Versammlung hin, die uns damals unvollständig übermittelt worden sind, wie sich jetzt aus der Lektüre der Schrift entnehmen läßt, welch letztere ich der Aufmerksamkeit eines Freundes verdanke.

Im ersten Teil seiner Abhandlung untersucht dieser hervorragende Theologe von einem idealen Beobachtungspunkt aus, wie es die vorbild-

liche Schweizer Demokratie ist, das kommunistische und kapitalistische System, um beide zu verurteilen. Er behauptet jedoch weiterhin, daß die Übel des Kapitalismus durch die Wirkung dreier Faktoren weitgehend gemindert wurden: durch die Gewerkschaften, die soziale Gesetzgebung und durch das wachsende Verständnis der Arbeitgeber für ihre soziale Verantwortung.

Darum, so fügt er hinzu, ist die Frage, ob es einen dritten Weg für das soziale Wohlbefinden gebe, von vornherein beantwortet. Diese Frage kann überhaupt nur in dem Sinne gestellt werden, um zu wissen, wie diese drei Faktoren in der besten Form einer Zusammenarbeit zum Handeln zu bringen sind, um die Übel des Kapitalismus einzuschränken, wo sie sich noch zeigen. Eben das haben wir übrigens behauptet, als wir aufzeigten, daß eine gerechte und durchführbare soziale Gesetzgebung einen guten Teil des Weges zu einer guten sozialen Verständigung zurücklegt.

Er versichert, daß die Kirche in dieser Hinsicht viel tun kann, um die beste Lösung in der gegenwärtigen Lage zu finden. Was den Staat betrifft, als die größte und abstrakteste Einrichtung, so darf er nur dann eingreifen, wenn die wirtschaftlichen Verbände und die der Arbeit, die Gemeinden und die Familie dazu nicht in der Lage oder nicht willens sind, das Notwendige im Interesse der Allgemeinheit zu tun. Alles, was von nichtstaatlichen, freien Gruppen getan werden kann, soll durch diese gemacht werden. Das Eingreifen des Staates darf nur die „ultima ratio“ sein.

Unser Zeitalter, fährt der Verfasser fort, verlangt, daß man dies anerkenne. Die Völker sind besessen von einem unsinnigen Glauben, von einem verheerenden Aberglauben an den Staat. Für alles nimmt man seine Zuflucht zum Staat. Uns zeigt die neueste Geschichte, wohin das führt: zum totalitären Staat, der, wie unser Gewährsmann versichert, das größte soziale Übel durch die Vernichtung der Persönlichkeit und der eigenen sozialen Ordnung heraufbeschwört.

Die Kirche, fügt er hinzu, muß alles gegen dieses größte Übel tun, was in ihrer Macht steht. Dazu müssen wir zu der Erkenntnis gelangen, daß alle Völker des Westens, einschließlich der Demokratien, auf dem Weg zum Totalitarismus sind. Nicht weil sie die Diktatur lieben, sondern weil man, sobald irgendein Übel abgestellt werden soll, nach dem Vorgehen des Staates ruft, anstatt die sozialen Verbände zu mobilisieren.

Das staatliche Eingreifen in die Wirtschaft und die staatliche Sozialgesetzgebung können in der heutigen Zeit nicht vermieden werden, aber wir müssen wissen, daß dieser Weg sehr gefährlich ist und nur dann beschritten werden darf, wenn andere Wege zu keinem Ergebnis führen.

Er fährt fort: in den kirchlichen Kreisen hat man bisher die Möglichkeit wenig in Betracht gezogen, daß der Staat handelt, dabei aber dem Individuum und der Gesellschaft Raum gibt, damit diese sich mit der Lösung von vielen sozialen Problemen befassen. Es gibt indessen eine Staatliche Planung, deren Ausführung dem Staat zu übertragen

nicht tunlich ist, denn er soll die Verantwortung für die Durchführung den nichtstaatlichen Organisationen und Einrichtungen überlassen. So kann der Staat im Dienst der so notwendigen Dezentralisation handeln und der wachsenden Nivellierung der Massen entgegenarbeiten.

Beim Lesen dieser Worte des hervorragenden Theologen drängte sich mir der Gedanke auf, wieviel sie für uns bedeuten als Beweis, daß es richtig war, Verbände des sozialen Dienstes wie SESI und SEAC, SENAI und SENAC zu schaffen, durch die „der Staat sozialen Verbänden, die Lösung gewisser Probleme übertragen hat“, wie wir fordern, daß man es bezüglich der Institute und Ruhegehaltskassen ebenfalls tue. Obwohl sich das in Europa als eine Lösung abzeichnet, die von den Kirchen befürwortet wird, beabsichtigt man hier noch die oben genannten Einrichtungen zu beseitigen, um dem Staat eine noch grössere Konzentration seiner Verwaltung zuzubilligen, eine grössere Zentralisation, trotz der offensichtlichen Vorteile, die von der Arbeitgeberorganisation der Organe des sozialen Dienstes des Handels und der Industrie aufgezeigt worden sind, und den ebenso augenscheinlichen Übelständen, die die Verwaltung der I. A. P. durch den Staat aufweist.

Im letzten Teil seiner wertvollen Arbeit gelangt Dr. Emil Brunner zu dem Punkt, der hauptsächlich diesen Kommentar verursacht:

Er sagt: wenn er das verurteilt, was vom Kapitalismus noch übrig ist, erkennt er an, daß auf die Frage — wie diese Übelstände abstellen? — die Antwort fast immer unbestimmt, oft phantastisch ist und gewöhnlich die Antworten sehr stark voneinander abweichen, alle jedoch nur die Symptome und nicht die Krankheit zum Gegenstand haben.

Und so ist es tatsächlich überall.

In der Artikelserie, die ich darüber veröffentlichte, habe ich meine Stellungnahme zugunsten geeigneter Maßnahmen für eine Korrektur der sozialen Ungerechtigkeiten klar aufgezeigt.

Ich habe aber ebenfalls gezeigt, daß man den einen keine Vorteile zum Nachteil anderer einräumen darf; daß die Verbesserungen, die die sozialen Gesetze festlegen, für alle Arbeiter gleich sein müssen; und daß sie vor allem erworben und nicht gegeben werden müssen.

Daher rührt zum Beispiel mein Vorschlag einer praktischen und durchführbaren Formel bezüglich einer Gewinnbeteiligung der Arbeiter in den Unternehmen, sodaß alle einen bestimmten und keinen unbestimmten und ungleichen Gewinn erhalten, wie es die Projekte empfehlen, die auf der Beteiligung an den „Bilanzgewinnen“ beruhen. Und daher verteidige ich die Schaffung eines „Stabilisierungsfonds“ für alle Arbeiter und nicht nur für solche, die in geschickter Weise ihren Abschied erwirken ohne den Anschein der sogenannten „justa causa“ zu wahren.

Meiner Meinung nach kann der „gerechte Anteil für alle“, wie es die utopische sozialistische Versprechung vorsieht, nur als Preis der Eignung, als Gegenleistung für die größte Anstrengung, als Ergebnis der guten Verwaltung erlangt werden. Dies ist bereits in den industriell weit fortgeschrittenen Ländern möglich, wo alle mit dem Produkt

ihrer Arbeit und als Folge ihres auf Sparsamkeit gerichteten Strebens Aktien erwerben können.

Auf diese Art erreicht man — was wichtiger ist als die „Verstaatlichung der Produktionsmittel“ — die wahrhafte Sozialisierung der Unternehmen durch Beteiligung am Kapital und infolgedessen an den Gewinnen von allen, die zu produzieren und zu sparen sich fähig erweisen.

Und dort erreicht man sogar jenes, das die Theoretiker als Endlösung empfehlen, nämlich die Teilnahme an der Verwaltung, dies aber nur in dem Falle, daß man durch den Erwerb der Aktie stimmberechtigt geworden ist.

Die Aktionäre wieder wählen unter sich die Fähigsten zur Leitung und Verwaltung sowie zur Garantie einer guten Verzinsung des Kapitals aus, was schon heute in den großen Unternehmen geschieht, die oftmals Hunderttausende von Aktionären zählen, die nicht nur aus den gutsituierten Kreisen hervorgegangen sind, wie es bei uns noch in der Regel der Fall ist, sondern aus dem Volke.

Diese Lösung ist viel besser, weil sie eine natürliche ist, als alles, was man im allgemeinen zum Nachteil der wirtschaftlichen Entwicklung des eigenen Landes als Beteiligung anpreist. Diesbezüglich gelangen die Theoretiker dahin, den Verkauf von Aktien der eigenen Unternehmen zu einem Preis stark unter dem Nennwert und sogar ihre obligatorische Schenkung zu empfehlen. Dies ist falsch: der Angestellte muß die Aktien des oder derjenigen Unternehmen kaufen können, die er bevorzugt. Wenn es die des Unternehmens sind, in dem er arbeitet, gut; aber falls er die eines anderen Unternehmens vorzieht, wird es ebenfalls richtig sein, denn er arbeitet heute hier, morgen dort. Wichtig ist, daß er spart und daß er seine Ersparnisse so anlegt, daß er sich direkt mit der Produktion verbindet, daß er an ihr als ein Ganzes interessiert ist und nicht nur an einem bestimmten Unternehmen, an welches er sich für immer gebunden glaubt.

Dies ist der Weg der wirklichen Sozialisierung, zu der wir auf natürliche Weise gelangen werden durch die Entwicklung und als Lohn für die, welche darauf Anrecht haben.

Eine Lücke im Apostolischen Glaubensbekenntnis?

„... nachdem gleich nach der Apostel Zeit, auch bei ihrem Leben, falsche Lehrer und Ketzler eingerissen und wider dieselbige in der ersten Kirchen Symbola, daß ist, kurze, runde Bekenntnissen, gestellt, welche für den einhelligen, allgemeinen christlichen Glauben und Bekenntnis, der rechtgläubigen und wahrhaftigen Kirchen gehalten, als nämlich das Symbolum Apostolicum, Symbolum Nicaenum und das Symbolum Athanasii: bekennen wir uns zu denselben und verwerfen hiermit alle Ketzereien und Lehr, so denselben zuwider in die Kirche Gottes eingeführt worden sind“ — so lesen wir in den Bekenntnisschriften unserer Kirche (Die Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche, DEK 1930, S. 768 — Konkordienformel, Von dem summarischen Begriff).